

## Arbeitsintegration von Flüchtlingen

**Landrat** Stefan Hurschler (CVP, Oberdorf) hatte in einer Interpellation der Regierung Fragen zu den Kosten im Asyl- und Flüchtlingswesen gestellt. Es sei erfreulich, dass die Erwerbsquote bei den anerkannten Flüchtlingen mit gut 41 Prozent deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt liege. Das spreche für eine gute Arbeit in diesem Bereich. Trotzdem gebe es noch eine ganze Reihe von Flüchtlingen, die nicht im Arbeitsprozess integriert seien. Ab dem zwölften Aufenthaltsjahr seit Einreichen eines Asylgesuchs müssten die Gemeinden bezahlen. Mit Blick auf diese Kosten müsse es unbedingt gelingen, diese Leute in die Arbeitswelt zu integrieren. Er plädierte weiter dafür, auch bei jenen Asylbewerbern, bei denen absehbar sei, dass ihr Gesuch bewilligt werde, früh mit der Integration zu beginnen.

Thomas Wallimann (Grüne, Ennetmoos) zog im Namen der Grünen/SP-Fraktion ein ernüchtertes Fazit aus der Antwort der Regierung auf den Vorstoss. Wenn der Bund nicht zahle, mache man nichts. Auf diese Art liess sich die Probleme nicht lösen.

Gesundheits- und Sozialdirektorin Yvonne von Deschwanden hielt gestern im Rat fest, dass gemäss der neusten Zahlen über 50 Prozent der arbeitsfähigen Flüchtlinge eine Stelle hätten. Bei den derzeit gut 250 Asylsuchenden gestalte sich die Sache schwieriger, sagte die Regierungsrätin. Mit dem heutigen Personalbestand lasse sich kein irgendwie geartetes Beschäftigungsprogramm auf die Beine stellen. (mu)

## Arbeitslose für den Bürgerstock

**Landrat** Dino Tsakmaklis (SP, Stansstad) wollte vom Regierungsrat wissen, welche Massnahmen er getroffen habe, um kantonale und regionale Arbeitslose in das Projekt zu integrieren. Volkswirtschaftsdirektor Othmar Filliger hielt in seiner Antwort auf das einfache Auskunftsbegehren fest, dass in diesem Jahr diverse Sitzungen zwischen Vertretern von kantonalen Ämtern und den Personalverantwortlichen des Bürgerstocks stattgefunden hätten. Das Ziel sei gewesen, den Bedarf ausländischer Arbeitskräfte abzuklären und die Verantwortlichen des Resorts zu beraten.

Daraus sei auch die Werbekampagne im Länderpark entstanden, die das Projekt der Bevölkerung näher bringen sollte und interessierte Personen aus der Region für eine Anstellung zu gewinnen. Durch einen frühen Einbezug des Amtes für Asyl könne zudem geprüft werden, ob für vorläufig aufgenommene Personen und Flüchtlinge Arbeitsmöglichkeiten bestehen. Der Kontakt habe bereits zu einer Anstellung eines Flüchtlings geführt.

2017 seien weitere Sitzungen geplant. Auch der Austausch zwischen dem Resort und dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) Obwalden/Nidwalden werde weiterhin gepflegt. Dem RAV sollen entsprechende Mitarbeiterprofile und zu besetzende Stellen gemeldet werden. So soll das Potenzial an Arbeitslosen aus der Region bestmöglich ausgeschöpft werden. (mu)

# Hilfsfonds soll Schäden voll decken

**Nidwalden** Grundeigentümer in den Hochwasserentlastungsgebieten sollen künftig 100 Prozent der nicht versicherbaren Schäden erstattet erhalten. Der Landrat hat eine Motion deutlich gutgeheissen.

**Martin Uebelhart**

[martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch](mailto:martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch)

Mit 44 zu 12 Stimmen hat der Landrat gestern eine Motion von Armin Odermatt gutgeheissen. In dem Vorstoss verlangten der Bürener SVP-Landrat und Mitunterzeichner, dass bei Schäden durch Naturereignisse in den fünf Hochwasserentlastungskorridoren im Kanton die betroffenen Grundeigentümer vom Nidwaldner Hilfsfonds nicht wie heute 90 Prozent der Schäden bezahlt bekommen sollen, sondern 100 Prozent. Laut Odermatt sei mit durchschnittlichen Mehrkosten von 5000 Franken im Jahr zu rechnen. Der Fonds, der aus Beiträgen aller Grundeigentümer im Kanton gespeist wird, springt bei nicht versicherbaren Schäden an Kulturland und Wald ein.

«Es geht nicht um eine Geld-, sondern um eine Prinzipienfrage.»



**Beatrice Richard-Ruf**  
Landrätin FDP, Stans

In der Debatte hielt Beatrice Richard-Ruf (FDP, Stans) als Sprecherin der Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) fest, dass eine Kommissionsmehrheit die Motion ablehne. «Es geht nicht um eine Geld-, sondern um eine Prinzipienfrage», befand sie. Der Hilfsfonds sei keine Versicherung, sondern soll zu einer Abmilderung der Schäden beitragen. Eine Änderung der Entschädigungsquote sei auch in Hinblick auf die geringe Zahl der Betroffenen nicht gerechtfertigt. Weiter seien diese bereits beim Bau der Entlastungen entschädigt worden.

**Grundeigentümer sollen schadlos gehalten werden**

Das sah Josef Bucher (CVP, Buochs) anders. Er vertrat die einstimmige Meinung der Kom-

mission für Bau, Planung, Landwirtschaft und Umwelt (BUL). Ein Bachlauf werde bewusst umgeleitet in Gebiete mit niedrigerem Schadenpotenzial. «Das ist auch sinnvoll so», meinte Bucher. Grundeigentümer in Hochwasserkorridoren, welche die Überflutung ihres Bodens in Kauf nehmen müssten, seien im Ereignisfall schadlos zu halten.

Die Grüne/SP-Fraktion lehnte die Motion ab, allerdings nicht einstimmig, wie Leo Amstutz (Grüne, Beckenried) sagte. Er gab zu bedenken, ob es allein die Sache der Grundeigentümer sei, die Last zu zahlen. Die Hochwasserkorridore schützten die Gesamtheit, nicht nur Private. «Ist das nicht die Haftung des Kantons?», stellte er die Frage in den Raum.

Regierungsrätin Karin Kayser hielt gestern im Rat fest, die Re-

gierung könne das Anliegen im Grundsatz nachvollziehen. Die Grundeigentümer in den Hochwasserentlastungsgebieten seien sozusagen der Winkelried für die Fluten. Die Rufe nach der Sorge für Weib und Kinder höre dann aber niemand. Hier gehe es nicht um Leben und Tod, und niemand werde allein gelassen, sagte Karin Kayser. Die Betroffenen hätte nicht nur Nachteile. Sie seien für die Eingriffe in ihr Land entschädigt worden, und ihre eigenen Gebäude hätten Schutz vor dem Wasser erhalten.

Der Hilfsfonds sei ein Solidaritätswerk. Ändere man das System, werde es «für einen Teil der Landwirte zu einer Versicherung umgebaut, bezahlt von den Grundeigentümern». Genau dafür sei der Fonds nicht eingerichtet worden.

## Ein Obwaldner ist höchster Stadtzuger

**Zug/Sarnen** Hugo Halter heisst der neue Präsident des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug. Der Sohn des früheren Obwaldner Landweibels Robert Halter wuchs im Rathaus in Sarnen auf.

Hugo Halter ist am Mittwoch mit einem Glanzresultat zum neuen Präsidenten des Grossen Gemeinderats, des Parlaments der Stadt Zug, gewählt worden. Seine Ratskollegen hatten in der geheimen Wahl auf 38 von 39 ausgeteilten Stimmzetteln seinen Namen notiert. Entsprechend gerührt zeigt sich der 57-Jährige über seine Wahl und das grandiose Resultat. Er sei zuverlässig, kompetent «und eigentlich der ideale Präsident», warb zuvor CVP-Fraktionschef Benny Elsener für seinen Parteikollegen. Unnötig, wie Figura zeigt.

«Ich werde einschreiten, wenn es nötig ist»

«Es fühlt sich gut an», sagt der gebürtige Obwaldner zu seiner Wahl. Es sei eine grosse Ehre, dass der Grosse Gemeinderat ihm sein Vertrauen so eindrücklich gegeben habe, betont Halter. In seiner kurzen Dankesrede unterstrich der Vizekommandant der Zuger Polizei, dass er ein Ratspräsident für alle sein wolle. «Ich werde aber auch einschreiten, wenn es für einen guten Ratsbetrieb entsprechend notwendig ist. Mein Präsidium wird nicht einfach», führte Hal-



Hugo Halter (Mitte) beim Umzug zum Zuger Rathauskeller.

Bild: Stefan Kaiser (Zug, 13. Dezember 2016)

ter, an seine Vorgängerin Karin Hägi gewandt, aus. «Denn mit dir haben wir in den nächsten zwei Jahren fünf ehemalige Ratspräsidenten im Parlament.»

Stolz ist auch Mutter Anna Halter, wie sie mit einem herzli-

chen Lachen sagt. «Ja, ja – ich bin schon sehr stolz auf Hugo», so die 93-Jährige, die nebst dem höchsten Stadtzuger mit Ruedi Halter einen weiteren Sohn im Kanton Zug weiss. Hugos Bruder Toni wohnt in Küssnacht und sei-

ne Schwester Elisabeth in Spanien, von wo denn auch Gratulationen auf dem Smartphone eintrafen. Der älteste Sohn Robi wohnt in Ennetbürgen.

Hugos Vater Robert war Gefängnisaufseher in Obwalden

und wurde 1957 an der Landsgemeinde zum Landweibel des Kantons Obwalden gewählt. Diese Funktion hatte er bis 1986 inne. Familie Halter wohnte zuoberst im Rathaus in Sarnen, wo auch ihre Kinder aufwuchsen. Vater Robert starb 1997 unerwartet im Alter von 76 Jahren.

**Wahl ist sein politischer Höhepunkt**

Hugo Halter war der letzte Kommandant der Zuger Stadtpolizei und ist seit der Fusion als Vizekommandant der Zuger Polizei eine Institution. Das Präsidium des Zuger Stadtparlaments sei sein politischer Höhepunkt, verriet der frisch gewählte Halter und erklärt: «Danach habe ich drei Legislaturen in guten und einflussreichen Positionen gehabt.»

Um als Regierungsrat zu kandidieren, sei er zu alt, betont der 57-Jährige. Er denke da schon eher daran, sich für die Jungen einzusetzen. «In der Politik wie auch im Job.» Mit einem Apéro im Rathauskeller wurde die Wahl gefeiert.

**Charly Keiser/Markus von Rotz**  
[redaktion@obwaldnerzeitung.ch](mailto:redaktion@obwaldnerzeitung.ch)

Nachgefragt

## «Ist schon alles bereit im Kino Seefeld?»

Heute startet der Betrieb im Kino Seefeld in Sarnen wieder. Zwanzig Vorstellungen zu unterschiedlichen Zeiten sind pro Woche geplant. Geführt wird das Kino von Bruno Arnold, der mit seiner Bildhaus GmbH schon in Sins ein Kino betreibt und ab Sommer 2017 auch in Stans Filme auf die Leinwand bringen will.

**Bruno Arnold, mit welchem Film starten Sie heute?**

Heute zeigen wir zwei Filme. Um 17.45 Uhr läuft der Dokumentar-

film «Alpzyt», um 20.15 Uhr zeigen wir «Bridget Jones' Baby». Insgesamt zeigen wir in der Startwoche acht Filme.

**Offiziell übernehmen Sie das Kino im kommenden März. Ist schon alles bereit?**

Jetzt haben wir einen Notbetrieb, um die Zeit bis März zu überbrücken. In den vergangenen sechs Wochen haben wir die nötigsten Arbeiten gemacht. Unter anderem haben wir bereits das Tonsystem justiert und den Speicherplatz der digitalen



Bruno Arnold, der neue Betreiber des Kinos Seefeld.

Bild: Adrian Venetz (Sarnen, 4.11.2016)

Projektionsanlage erweitert. Das elektronische Ticketsystem wird uns in den ersten Tagen noch nicht zur Verfügung stehen. Wir hoffen, dass die Besucher Verständnis dafür haben, wenn vielleicht nicht vom Tag eins an alles reibungslos läuft.

**Gibt es noch weitere Anpassungen?**

Wir werden sicher den einen oder anderen Topf Farbe einsetzen, um auch den visuellen Eindruck des Kinos zu verändern. Es wird auch ein neues Kassen-

häuschen geben. Dies wird alles im laufenden Betrieb gemacht. Jedes Mal, wenn man ins Kino kommt, wird es etwas anders aussehen. Wir werden schauen, wie das Ganze anläuft, und dann Schritt für Schritt weitere bauliche Massnahmen umsetzen. In den vergangenen 20 Jahren ist am Kino nicht mehr viel gemacht worden. (mu)

**Hinweis**

Informationen zum Programm und Reservation im Internet unter [www.kinoseefeld.ch](http://www.kinoseefeld.ch)